



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

γ.: Aus Schwaben.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

als Ventilatoren für die Räume unter Deck zu fungiren im Stande sind, wie bei „Augusta“ und „Victoria“; die Stengen und Bramstengen (Mastverlängerungen) dagegen, die aus einem Stück bestehen, sind von Holz, da sie biegsamer sein müssen und keine so große Dicke zu haben brauchen, während die Unterraen wiederum hohl und von Stahl sind.

Die Maschine von 800 Pferdekraft (nominal), die aber bis zu 4800 effectiven (indicirten) Pferdekraften zu arbeiten vermag, ist von Penn gebaut und rechtfertigt den hohen Ruf dieses Constructeurs, da sie nach der Berechnung dem Schiffe eine Schnelligkeit von etwa 13 Knoten geben sollte, in Wirklichkeit aber über 14 Knoten erreichte.

Gebaut ist das Schiff von der Firma „Samuda Brothers“ in Poplar, London, wie der drei Jahre früher dort vollendete „Arminius“. Obwohl erst Ende Februar 1866 der Kiel gelegt war, fand doch sein Ablauf von Stapel schon am 7. Mai d. J., seine Abnahme durch die preussische Fachcommission bereits am 19. September statt, nachdem die Probefahrt äußerst günstig verlaufen war, ungleich günstiger als bei den etwa gleich großen (doch 6 Fuß breiteren) englischen Schiffen „Defence“ und „Resistance“, die nur 11,6 und 11,8 Knoten erreichten. Am 28. October traf das Schiff „Kronprinz“ in Kiel ein, ward dort drei Tage darauf, am 31. October, vom Prinz Admiral besichtigt, mit dem es eine kurze Probefahrt in See machte und ward dann abgetakelt, um in Kiel außer Dienst gestellt zu werden. Gegenwärtig liegt die Fregatte an der Wasserallee, wohin sie durch die Kanonenboote „Chamäleon“ und „Habicht“ am 14. Nov. vom Marindepot bugsiert wurde. Dort überwintert das gute Schiff an Seite des „Arminius“, der mit ihm aus derselben Werft Samuda in London hervorgegangen ist und neben ihm zur Zeit den schätzbarsten Bestandtheil unsrer dienstfähigen Panzerflotte bildet.

Im Frühjahr wird die Fregatte „Kronprinz“ unter den ersten Schiffen sein, welche in Dienst gestellt werden, damit man auf größeren Fahrten ihre Seetüchtigkeit erproben könne.

---

### Aus Schwaben.

Mitte December.

Es ist kaum zu verwundern, daß die lebhaftere Erregung, von welcher die Verhandlungen über die Verträge mit Preußen begleitet waren, einer gewissen Abspannung Platz gemacht hat. Das vorläufige Ziel ist erreicht, eine

Pause begreiflich. Es ist ein Wechsel der Temperatur, der in der Natur der Dinge liegt, und der in dem vorliegenden Fall um so unvermeidlicher war, als jene Bewegung bei den vorhandenen Widerstandkräften durch ungewöhnliche und künstliche Mittel hatte unterstützt werden müssen, die erst dann wieder zu gewinnen sind, wenn abermals die eherne Nothwendigkeit sie ruft. Auch würde es eine allzu lebhaftige Ungeduld verrathen, wenn man sich beklagen wollte, daß seit jenen Verträgen nicht bereits weitere Thatfachen im Sinn der Vereinigung von Nord und Süd zu verzeichnen sind. Und übrigens fehlt es ja gar nicht an Dokumenten, daß auch seitdem die Einheitskräfte nicht geruht haben; ist doch wenigstens der Zollvertrag ein weiterer Schritt für Einheit auf einem zwar beschränkten, doch nicht verächtlichen und unwichtigen Gebiet.

Dennoch will dieser Trost mit sammt dem herabgesetzten Briesporto nicht recht versagen. Wir sind nun einmal verwöhnt durch den Sturmschritt, in welchem das vorige Jahr einhergegangen ist. Rückschritt erscheint uns, wenn Stillstand in der Bewegung eintreten will, die für uns noch lange nicht zur Ruhe gekommen ist. Die bisherigen Erfolge sind Etappen, die uns das Ziel näher bringen sollen, aber das Ziel nicht ersetzen können. Und wo es nicht anerkannt wird, daß die jetzigen Zustände nur provisorische sind, nur Abschlagszahlungen, die höchstens eine Weile befriedigen können, da ist der Verdacht verzeihlich, daß selbst jene Verträge, wenn durch sie dauernde Einrichtungen geschaffen werden sollten, zweischneidige Instrumente sind, die möglicherweise ebenso aufhalten als fördern können.

Und hier ist der Punkt, wo die Wege des Ministeriums Varnbüler und der nationalen Partei des Landes sich trennen oder vielmehr sich getrennt haben. Die Freundschaft, wenn man so sagen darf, die zwischen beiden zum Zweck, jene Verträge durchzusetzen, bestand, hat nie einen hohen Wärmegrad gehabt. Es war vorauszu sehen, daß sie sich wieder lockern würde. Daß sie aber so rasch und vollständig in die Brüche ging, daran trifft jedenfalls die nationale Partei keine Schuld, welche ihrerseits aus ihren letzten Zielen kein Hehl gemacht und nichts von dem, was sie in jenen Wochen gethan und gesprochen, zurückzunehmen hat.

Wie ein längst entschwundener Traum gemahnen jetzt in eisiger Winterzeit jene sonnigen Herbsttage, da die Regierung und die Krone selbst ein so feuriges Interesse für die nationale Verbindung mit Preußen an den Tag legten. Herr v. Varnbüler war ein anderer vor Königgrätz, ein anderer nach Königgrätz; ein anderer vor Genehmigung der Verträge, ein anderer nach derselben. Kaum war der knappe Sieg in den Kammern erfochten, so begann der Wind aus anderer Himmelsgegend zu blasen. Bis hieher und nicht weiter — mit diesem Gedanken erfolgte die zustimmende Unterschrift. Nach-

dem das lästige, unvermeidliche Geschäft gethan, besann man sich, was von Souveränitätsstücken übrig geblieben war, und man fand, daß im Grund nur wenig verloren, daß noch immer ein recht erheblicher Bestand gerettet war, mit dem sich gemüthlich weiter wirthschaften ließ. Es galt, sich wieder so bequem als möglich in den vier Wänden des Particularstaats einzurichten. Als ob man fast bereute, sich gar zu tief herabgelassen zu haben, stellte man fest, daß für das Verhältniß zum Nordbund die definitive Form gegeben, daß nunmehr die Reihe der Zugeständnisse an Preußen definitiv geschlossen sei. Es erging ein Rundschreiben an die diplomatischen Vertreter S. Maj. des Königs von Württemberg im Ausland, das eben diesen Charakter der abgeschlossenen Verträge bündig ins Licht setzte.

Am wenigsten konnte es überraschen, daß die in den Spuren der Regierung wandelnde Presse sich alsbald für den ihr eine Zeitlang auferlegten Zwang ausgiebig entschädigte. Der Rücksichten auf die deutsche Partei entledigt, konnte sie ungestört wieder dem Zug ihres Herzens folgen. Die nationalen Redensarten hatten ihr auch in der That übel genug gestanden. Jetzt ergossen sich die zurückgehaltenen Ströme ihrer Beredsamkeit jauchzend über das nationale Lager, über die entarteten Söhne des „Landes“, wie Probsts Commissionsbericht anmüthig sich ausgedrückt hatte.

Eben recht kam in diesem Augenblick der Regierung die Aussicht, auf einer europäischen Conferenz sich im Vollglanz ungebrochener Souveränität zeigen zu können. Auch am württembergischen Hof ist, wie versichert ward, die Einladung zum europäischen Concert mit aufrichtiger Genugthuung angenommen worden, wenn man auch die Form der Annahme vorsichtig wählte. Man sah darin ein willkommenes Pflaster für die frische Wunde. Man rüstete sich sogar bereits, seine Stimme in die Wagschale der weltlichen Herrschaft des Papstes zu legen, und gedachte damit zwei Fliegen auf einen Schlag zu treffen, nicht bloß die Unabhängigkeit von Berlin zu zeigen, sondern auch die Katholiken des eigenen Landes wieder zu gewinnen, die man seit der preußischen Aera verstimmt und grollend zur Seite stehen sah.

Während bis dahin das Kriegsdepartement im Ruse stand, daß es aufrichtig, loyal und mit Eifer seine Reformen im Sinn der Annäherung an das preußische System betreibe, erfuhr man jetzt, daß auch diese Reformen anfangen ins Stocken zu gerathen. Die Arbeiten, hieß es, seien noch so weit zurück, daß auch im nächsten Frühjahr die Aushebung wieder ganz in der alten Weise, mit Loosziehen und Stellvertretung vor sich gehen werde. Ob die Münchener Militärconferenz in dieselbe Reihe von Symptomen zu stellen ist, bleibt bis auf nähere Nachrichten abzuwarten. Aber erfreulich konnte es in keiner Weise berühren, daß anstatt directer Verständigung mit

Preußen abermals dieser Weg beliebt wurde, der wenigstens bisher im günstigsten Falle zu nichts geführt hat.

Vor allem aber sollte sich die neue Wendung in den Verhandlungen und Parteiverhältnissen der Kammer zeigen. Es begannen sich wieder die natürlich verwandten Elemente einander zu nähern. Die Zeiten des *vae victis* schienen wiederzukehren. Die Demokratie und die Regierungspartei bemühten sich zu vergessen, was kurze Zeit trennendes zwischen ihnen gestanden war. Man erinnerte sich wieder, daß der gemeinsame Gegner die verhaßte deutsche Partei ist und bleibt, und um sich zu rächen für die unvermeidliche Annahme der Verträge, läßt man es diese fühlen, daß sie nur ein verschwindendes Häuflein sei, man stieß das Duzend rebellischer Schwaben wieder in die verdiente Isolirung. Auf diese Weise gelang es, daß der Particularismus einen großen Sieg erfocht durch den nach zweitägiger Verhandlung erfolgten Beschluß, auf die von der Regierung eingebrachten Justizvorlagen einzugehen und so für Württemberg den Weg der Particulargesetzgebung einzuschlagen, in einer Zeit, da die Aussicht auf eine gemeinsame deutsche Gesetzgebung näher als je gerückt war.

Wahr ist, daß diese Vorlagen: eine Civilprozeßordnung, eine Strafprozeßordnung und eine neue Gerichtsverfassung, nur einem schon längst dringend gefühlten Bedürfniß abzuhelpen bestimmt sind. Alt genug ist die Klage, daß Württemberg in der Umwandlung des Justizwesens nach den Grundsätzen der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit zurückgeblieben sei und jetzt mit seinem inquisitorischen Prozeß fast isolirt stehe. Was in jener Richtung bisher geschehen ist, wie die Schwurgerichte und die Handelsgerichte, war Stückwerk und Flickerei. Seit Jahren haben die Stände gemahnt, hat die Regierung versprochen und endlich einleitende Schritte gethan. Seit dem Jahr 1861, wo der erste Entwurf einer neuen Organisation veröffentlicht wurde, sind die Arbeiten fortwährend in Angriff genommen, unterbrochen, wieder aufgenommen und umgeändert worden. Es war kein Ende abzusehen. Jetzt auf einmal, da der norddeutsche Bund constituirte ist und kaum constituirte eine unerwartet rührige legislative Thätigkeit entwickelt, wird die Nacheiferung des süddeutschen Particularstaats angespornt. Man will zeigen, daß man auch reformiren kann, man will durch vollendete Thatsachen zuvorkommen der Frage, warum man denn nicht einfach der norddeutschen Gesetzgebung sich anschließe, und der Gefahr, daß die Competenz der gemeinsamen Organe über die abgeschlossenen Verträge hinaus erweitert werde; man beeilt sich, jetzt die rasch vollendeten Entwürfe vorzulegen, wenige Wochen bevor in Berlin die Civilgesetzgebungscommission zusammentritt. Nur insofern läßt sich das einseitige Vorgehen rechtfertigen, als die Aussicht auf ein deutsches Strafverfahren noch ferner gerückt ist und gerade die Reform des Strafver-

fahrens am wenigsten Aufschub duldet, die Civilprozeßordnung aber auf denselben Grundsätzen beruht, wie das norddeutsche Gesetzgebungswerk, also einer künftigen Gleichförmigkeit jetzt schon wenigstens vorgearbeitet wird. Allein neben den sachlichen Gründen war man gar nicht bemüht, die particularistischen Gründe, welche die eigentlich durchschlagenden waren, zu verbergen. Nach des Ministers Erklärung will man es ausdrücklich vermeiden, daß die Blicke bei abermaligem Scheitern des eigenen Gesetzgebungswerks hilfessuchend nach dem norddeutschen Bund sich wenden, er erklärte überdies, daß völlige Gleichförmigkeit mit den norddeutschen Einrichtungen gar nicht wünschenswerth sei und es war der Refrain der Redner die Wahrheit: man müsse zeigen, daß auch Württemberg noch ein lebenskräftiger Staat sei und das Zeug habe, eine gesetzgeberische Reform ins Werk zu setzen.

Wenn schon die Erklärungen des Justizministers über das Verhältniß Würtembergs zu einer späteren gemeinsamen Gesetzgebung Befremden erregten, so schien Herr v. Arnbüler vollends jeden Zweifel über die Gesinnungen der Regierung beseitigen zu wollen, als er am Tag darauf, am 11. Dez., seine geharnischte Rede gegen den norddeutschen Bund und gegen den Eintritt Würtembergs in denselben von Stapel ließ.

Den Anlaß bot die Debatte über das Budget des auswärtigen Departements. Es handelte sich um den Gesandtschaftsposten in Florenz, der später mit großer Mehrheit von der Kammer als überflüssig vom Budget gestrichen wurde. Hölder hatte die nationalen Gründe gegen eine selbständige diplomatische Action der kleinen Staaten hervorgehoben, daran erinnert, daß nach den mit Preußen abgeschlossenen Verträgen eine selbständige auswärtige Politik gar nicht mehr statthaft sei und die Hoffnung ausgedrückt, daß man bald dem Ausland gegenüber eine gemeinsame deutsche Politik erhalten werde. Er hatte in Form und Inhalt so gemäßigt wie möglich gesprochen. Niemand erwartete, daß eine so nachdrückliche Erklärung des Ministeriums folgen werde, die den Eindruck machte, als ob sie, lange vorbereitet, nur auf die erste beste Gelegenheit warte. Der Minister sprach im Tone eines biedern württembergischen Patriotismus, der sich durch den Gedanken, die Selbständigkeit an ein größeres Ganzes zu verlieren, gekränkt und entrüstet fühlt. Er begnügte sich nicht mit der Erklärung, daß Württemberg mit den Verträgen seine nationale Pflicht erfüllt habe und nicht der mindeste Grund vorlege, über die vertragsmäßig festgestellten Grenzlinien hinauszugehen, sondern er machte sich auch an eine Kritik der Verfassung des norddeutschen Bundes. Er rechnete vor, sein Publikum kennend, wie viele Millionen das Land nach dem Eintritt in den Bund mehr aufzubringen hätte, wie die Militärlast um so und so viele Rekruten jährlich eine größere würde, was man zu Marinezwecken beizusteuern hätte; er führte aus, daß die selbst-

ständige Verwaltung des 200 Millionen betragenden Eisenbahncapitals ver-  
 lorenginge, daß man nicht mehr so bequem seine Wünsche in Postfachen  
 anbringen könnte und daß das Land die verhaßte Branntweinsteuer wieder  
 einführen müßte: er führte den Abgeordneten zu Gemüth, daß sie im Parla-  
 ment keinen Einfluß auf die Finanzverwaltung auszuüben hätten, daß ihnen  
 die Berathung des Militäretats entzogen würde, daß die Competenz des  
 Parlaments — abgesehen von den Zollangelegenheiten, bei denen die Süd-  
 deutschen bereits zugezogen, — sich nur auf untergeordnete Dinge erstreckte.  
 Ja er erklärte schließlich, wenn die Kammer selbst der Entwicklung der Ge-  
 schichte vorgreifen und einen Antrag in jenem Sinne stellen wollte, so würde  
 er dem König rathen, an das Land zu appelliren, und selbst wenn der un-  
 denkbare Fall einträte, daß das Land sich für den Eintritt in den Nord-  
 bund ausspräche, so würde er im Rath des Königs zur Erwägung geben,  
 ob ein solcher Schritt mit den Rechten und Pflichten des Königs und mit  
 der europäischen Stellung des Landes vereinbar sei. Es schien, als ob die  
 Lorbeeren Rouhers vom 5. Decbr. Herrn von Barmbüler den Schlaf geraubt  
 hätten. Wie sein französischer Colleague, hatte er den Muth, sich offen zu einer  
 reactionären Politik zu bekennen. Die Mehrheit schien gründlich zufrieden  
 gestellt, alle Täuschungen beseitigt. Und dennoch war in Wahrheit der Er-  
 folg ein entgegengesetzter: Herr von Barmbüler hatte höchst nachdrücklich ge-  
 redet, aber es war ihm nicht einmal gelungen, den Eindruck hervorzubringen,  
 daß er aus wirklicher Ueberzeugung gesprochen.

Zwar wurde von klerikaler Seite sofort dem Minister der Dank für  
 dessen unzweideutige Erklärung ausgedrückt, und Graf Bissingen, von der-  
 selben Seite, bemerkte ironisch, der Minister scheine fast Neue zu empfinden,  
 daß er die Verträge abgeschlossen habe, wogegen jener sich jedoch selbst ver-  
 wahrte. Aber die Demokratie war nicht nur bedenklich über die Stelle, wo-  
 rin Herr v. Barmbüler seine Achtung vor Kammerbeschlüssen so seltsam illu-  
 strirt hatte, sondern sie gab auch unverhohlen ihr Mißtrauen über die neueste  
 Wendung des Ministers zu erkennen. Und in den Reihen der nationa-  
 len Partei hatte vollends die Philippica desselben nichts weniger als einen  
 niederschmetternden Eindruck gemacht. Hölzer und Römer entgegneten in  
 glücklichster Weise, daß ihre Zuversicht auf einen baldigen Eintritt Würtem-  
 bergs in den Nordbund nicht im geringsten erschüttert sei, weil einfach die  
 Natur der Verhältnisse stärker sei und gerade in der neuesten Zeit an Würt-  
 temberg stärker sich erwiesen habe, als noch so starke Wünsche und Abnei-  
 gungen. Sie erinnerten daran, daß ein Staatsmann niemals: niemals sagen  
 sollte, am wenigsten Herr v. Barmbüler, der früher schon mit wenig Glück  
 sich dieser Phrase bedient hatte. War es doch derselbe Herr v. Barmbüler,  
 der vor nicht gar langer Zeit erklärt hatte, er werde niemals das Königreich

Italien anerkennen, derselbe, der heute die Errichtung eines Gesandtschaftspostens in Florenz dringend befürwortete, derselbe, der wiederholt als das Kennzeichen eines Staatsmanns die Fähigkeit aufgestellt hatte, sich ohne vorgefaßte Meinungen auch in veränderte Lagen und Verhältnisse zu schicken. Und Römer, der dem Minister alle seine Handlungen ins Gedächtniß zurückrief, drückte schließlich in heiterer Wendung die zuversichtliche Erwartung aus, daß Herr v. Barmbüler, durch die Macht der Verhältnisse genöthigt, seinen bisherigen Verdiensten um die nationale Sache in Bälde auch noch das weitere hinzufügen werde, den Eintritt Würtembergs in den norddeutschen Bund zu beantragen und durchzuführen.

In der That hatte Herr v. Barmbüler nicht vergessen, sich auch diesmal ein Hinterspörtchen offen zu lassen. Er hatte in seiner Rede dazwischengestreut, man möge mit Ruhe abwarten, „was das Geschick über uns verhängt“, er hatte von unberechenbaren „Fügungen der Vorsehung“ gesprochen, und auf Römers Aeußerungen hin gab er zu, daß sich allerdings „mit absoluter Gewißheit die Ereignisse der Zukunft nicht voraussagen lassen.“ Es fehlt nicht an boshaften Stimmen, welche hinter der antipreußischen Demonstration eine sehr berechnete Absicht wittern: es gilt die abgeneigte Kammermehrheit günstig zu stimmen für das neue Militärgesetz.

Wie dem aber auch sei, so viel geht aus all den angeführten Symptomen hervor, daß, was an unsrer Regierung liegt, der durch die Verträge geschaffene Zustand von unberechenbarer Dauer sein wird. Sie denkt nicht daran, aus eigenem Antrieb einen Schritt weiter zu thun. Sie wird allem Anschein nach auch bei den Wahlen zum Zollparlament nur solche Candidaten begünstigen, welche, mit dem Zollparlament zufrieden, nicht nach weiterem begehren. Bleibt es wirklich dem freien Willen der Südstaaten überlassen, wie bald die definitive Vereinigung zu Stande kommen soll, so darf man sich das Warten nicht verdrießen lassen. Wird Baden dazu verurtheilt, gleichen Schritt zu halten mit Württemberg und Bayern, so ist die Beseitigung der Mainlinie vertagt bis ans Ende aller Tage.

Ist dagegen Baden, wozu es früher oder später kommen muß, dem norddeutschen Bund beigetreten, so darf man bei den bewährten staatsmännischen Eigenschaften unsers Premiers mit Sicherheit annehmen, daß auch dieses Ereigniß eine jener „Fügungen der Vorsehung“ sein wird, denen er gelernt hat sich in Weisheit zu beugen.